

Protokoll der 16. Sitzung

vom 13. Dezember 2010, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Patrick Strasser

Protokoll Erna Frattini und Janine Rutz

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)
Werner Bächtold, Daniel Preisig.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)
Thomas Hurter.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Regierungsrates für 2011	739
2. Inpflichtnahme von Ernst Landolt als Mitglied des Regierungsrates ab 1. Januar 2011	739
3. Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Kantonsrates für 2011	740
4. Wahl des Ersten Vizepräsidenten oder der Ersten Vizepräsidentin des Kantonsrates für 2011	740
5. Wahl des Zweiten Vizepräsidenten oder der Zweiten Vizepräsidentin des Kantonsrates für 2011	741
6. Wahl von zwei Stimmzählern oder Stimmzählerinnen des Kantonsrates für 2011	741
7. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 19. Januar 2010 betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern	742
8. Postulat Nr. 2010/6 von Martina Munz vom 30. August 2010 betreffend familienfreundliches Schaffhausen <i>(Diskussion und Beschlussfassung)</i>	758

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 6. Dezember 2010

sind keine zu verzeichnen.

Die an der letzten Sitzung eingesetzte Spezialkommission 2010/9 «Programm Agglomerationsverkehr» setzt sich wie folgt zusammen: Thomas Hauser (Erstgewählter), Andreas Bachmann, Franz Baumann, Richard Bühler, Urs Capaul, Willi Josel, Markus Müller, Martina Munz, Daniel Preisig, Stephan Rawyler, Thomas Wetter.

*

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Die Spezialkommission 2010/8 «Sonderschuldekret» meldet das Geschäft als verhandlungsbereit.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wünscht, in der Spezialkommission 2010/7 «Sport- und Veranstaltungshallen» Gottfried Werner durch Erich Gysel zu ersetzen. – Dem Wunsch wird stillschweigend entsprochen.

Heinz Brütsch ist ab dem 1. Januar 2011 Präsident der FDP-JF-CVP-Fraktion.

Um 9.30 Uhr wird die Sitzung unterbrochen, damit wir den traditionellen Chäschüechli-Znüni zu uns nehmen können. Ich lade dazu alle Anwesenden, auch die Vertreter und Vertreterinnen der Medien sowie die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, herzlich ein.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 14. Sitzung vom 22. November 2010 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

*

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Bevor wir zu den Wahlgeschäften schreiten, schlage ich Ihnen vor, nebst den Stimmzählern Bernhard Müller und Rainer Schmidig Thomas Hauser und Jakob Hug als Stimmzähler einzusetzen.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie damit einverstanden sind. Das Wahlbüro 1 setzt sich damit aus Bernhard Müller und Rainer Schmidig und das Wahlbüro 2 aus Thomas Hauser und Jakob Hug zusammen.

*

1. Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Regierungsrates für 2011

Mit Brief vom 16. November 2010 schlägt der Regierungsrat dem Kantonsrat **Regierungsrat Reto Dubach** zur Wahl als Regierungspräsident für das Jahr 2011 vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		55
Eingegangene Wahlzettel		55
Ungültig und leer		4
Gültige Stimmen		51
Absolutes Mehr	26	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt:		
Reto Dubach		48
Vereinzelte		3

*

2. Inpflichtnahme von Ernst Landolt als Mitglied des Regierungsrates ab 1. Januar 2011

Ernst Landolt wird vom **Ratspräsidenten** in Pflicht genommen.

*

3. Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Kantonsrates für 2011

Die FDP-JF-CVP-Fraktion schlägt **Christian Heydecker** zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		56
Eingegangene Wahlzettel		56
Ungültig und leer		8
Gültige Stimmen		48
Absolutes Mehr	25	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Christian Heydecker		43
Vereinzelte		5

*

4. Wahl des Ersten Vizepräsidenten oder der Ersten Vizepräsidentin des Kantonsrates für 2011

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion schlägt **Hans Schwaninger** zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		56
Eingegangene Wahlzettel		56
Ungültig und leer		8
Gültige Stimmen		48
Absolutes Mehr	25	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Hans Schwaninger		48
Vereinzelte		0

*

5. Wahl des Zweiten Vizepräsidenten oder der Zweiten Vizepräsidentin des Kantonsrates für 2011

Die SP-AL-Fraktion schlägt **Richard Bühler** zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		58
Eingegangene Wahlzettel		58
Ungültig und leer		7
Gültige Stimmen		51
Absolutes Mehr	26	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Richard Bühler		47
Vereinzelte		4

*

6. Wahl von zwei Stimmenzählern oder Stimmenzählerinnen des Kantonsrates für 2011

Als Stimmenzähler für das Jahr 2011 werden von der SVP-JSVP-EDU-Fraktion **Bernhard Müller** und von der ÖBS-EVP-Fraktion **Rainer Schmidig** vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		58
Eingegangene Wahlzettel	58 x 2 =	116
Ungültig und leer		9
Gültige Stimmen		107
Absolutes Mehr	27	
Es haben Stimmen erhalten und sind gewählt :		
Bernhard Müller		51
Rainer Schmidig		54
Vereinzelte		2

*

7. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 19. Januar 2010 betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern

Grundlagen: Amtsdrukschrift 10-06

Kommissionsvorlage: Amtsdrukschrift 10-90

Eintretensdebatte

Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP): Die Regierung beabsichtigte mit der Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern, neue effiziente, verbrauchsarme und umweltfreundliche Autos mit einem Bonus für drei Jahre von den Strassenverkehrssteuern zu befreien oder teilweise zu entlasten. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle von rund 415'000 Franken sollten durch die hubraumstärkeren Fahrzeuge übernommen werden, um die Kostenneutralität zu gewähren. Der Regierungsrat sah in seiner Vorlage einen gewissen Anreiz zum Kauf von umweltfreundlicheren Fahrzeugen, obschon er damals in der Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 3/2005 von Urs Capaul im Dezember 2005 erwähnt hatte, dass eine Lenkungswirkung durch eine steuerliche Vergünstigung als vergleichsweise gering zu betrachten sei.

Wir haben in diesem Rat verschiedene parlamentarische Vorstösse zu den Massnahmen bei den Motorfahrzeugsteuern behandelt. Unter anderem die Motion Gnädinger, welche die Strassenverkehrssteuern für Hybridfahrzeuge dauerhaft um 50 Prozent ermässigen wollte. Die Motion wurde im Jahre 2007 mit 36 : 6 erheblich erklärt.

Die Kommission hat diese Vorlage in zwei Sitzungen beraten. Die Eintretensdebatte dauerte relativ lang. Dabei wurde die regierungsrätliche Vorlage grossmehrheitlich kritisiert, und wir führten eine Grundsatzdiskussion über Fahrzeuge und die von ihnen verursachte Umweltbelastung. Man war sich grossmehrheitlich einig, dass die Vorlage kaum eine Lenkungswirkung erzeuge, eine Ungleichbehandlung der heutigen Fahrzeugbesitzer zur Folge hätte, die Energieetikette als Grundlage eher ungeeignet sei und diese ebenfalls wenig bis keine Lenkungswirkung habe. Zudem würden die Dieselfahrzeuge zu gut wegkommen und die Motion Gnädinger werde nicht umgesetzt. Kritik rief auch das Malus-System hervor, das gesamtschweizerisch nur zwei Kantone kennen. Alle anderen Kantone kennen im Bereich der Motorfahrzeugsteuern ein Bonus-System. Bemängelt wurde auch, dass von einer solchen Änderung mehrheitlich das Gewerbe und Kleinbetriebe betroffen wären.

Während der damaligen Diskussion wurde auf Bundesebene über die Einführung einer Umweltetikette oder einer CO₂-Etikette beraten. Deshalb beschloss die Kommission mit 6 : 3, der Verwaltung den Auftrag zu

erteilen, weitere Abklärungen vorzunehmen und die Bundeslösung abzuwarten.

Am 18. Juni 2010 war es dann so weit. Der Bundesrat hatte entschieden, die bestehende Energieetikette beizubehalten und zu verbessern. Künftig sollen aber der CO₂-Ausstoss und der Energieverbrauch klarer dargestellt werden. Der Bund verzichtete auf die Einführung der Umweltetikette oder einer CO₂-Etikette. Zur Begründung wurde im Wesentlichen angeführt, dass mit der Beibehaltung der Etikette die Kontinuität der Kundeninformationen sichergestellt werden könne.

Die Spezialkommission beriet in ihrer zweiten Sitzung vom 19. November 2010 die vom Baudepartement überarbeitete Vorlage, die Ihnen nun als Kommissionsvorlage vorliegt und im Wesentlichen einen grossen Teil der Anregungen aus der ersten Kommissionssitzung aufgenommen hat.

Die Eckwerte dieser Vorlage möchte ich Ihnen nochmals kurz präsentieren. Den Personenwagen mit der besten Energieeffizienz, der Kategorie A, sowie Personenwagen mit Elektroantrieb soll über drei Jahre eine befristete Steuerbefreiung gewährt werden. Personenwagen mit Dieselantrieb ohne wirkungsvollen Partikelfilter werden jedoch von der Steuerbefreiung ausgenommen. Zudem wird auf die Kompensation der Steuerzufälle von rund 115'000 Franken, die diese Vorlage generieren würden, verzichtet.

Die Kommission beschloss knapp, mit 5 : 4, Eintreten auf die Vorlage. Der Antrag, die Vorlage sei ertragsneutral auszugestalten, wurde mit 6 : 3 abgelehnt. Ebenfalls wurde beschlossen, die Motion Nr. 492 von Andreas Gnädinger abzuschreiben.

In der Schlussabstimmung empfahl die Kommission mit 5 : 1 bei 3 Enthaltungen dem Kantonsrat die überarbeitete Vorlage zur Annahme.

Ich bin mir bewusst, dass mit dieser Kommissionsvorlage für die einen der kleinste gemeinsame Nenner beziehungsweise für andere der grösste gemeinsame Nenner gefunden werden konnte. Ich bitte die verschiedenen Parteien, über ihren Schatten zu springen und der Vorlage zum Durchbruch zu verhelfen. Bitte argumentieren Sie heute Morgen nicht damit, dass das Glas halbvoll oder halbleer sei. Hauptsache ist, dass überhaupt etwas im Glas ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Kommissionsvorlage einzutreten und ihr auch zuzustimmen.

Ich erlaube mir, Ihnen noch die SVP-JSVP-EDU-Fraktionserklärung bekannt zu geben.

Die Begeisterung meiner Fraktion hält sich in Grenzen. Wir sind der Meinung, dass die ursprüngliche Vorlage sowieso, aber auch diese Vorlage wenig bis keine Lenkungswirkung generiert. Der Entscheid für den Kauf eines Autos hängt einfach nicht von der Energieetikette ab, so leid es mir tut. Auch ist die Aussagekraft der Energieetikette etwas umstritten.

Ich nenne Ihnen gern ein paar Beispiele: Die Herstellung eines Autos verursacht rund 20 bis 30 Prozent des CO₂-Ausstosses, den ein Fahrzeug über seine gesamte Lebensdauer generiert. Gerade dies wird aber mit der Energieetikette nicht berücksichtigt. Das US-Wirtschaftsmagazin «Wired» hat einen zehn Jahre alten Toyota Terzel mit einem Toyota Hybrid Prius verglichen. Der Toyota Terzel weist erst ab 150'000 Kilometern eine schlechtere Ökobilanz als der Prius auf. Zudem vertritt auch der VCS die Meinung, dass sich der Kauf eines Neuwagens nicht lohnt, wenn das alte Fahrzeug noch rund 30'000 Kilometer zurücklegen kann.

Die Umsetzung der Motion Gnädinger fällt aus der Sicht eines Teils der Fraktion unbefriedigend aus. Zudem wird bemängelt, dass die Elektroautos schon heute bevorzugt werden. Denn sie leisten keine Abgaben über den Treibstoff und können den Strom aus der Steckdose beziehen. Daher stellt sich für einen Teil meiner Fraktion die Frage, weshalb diese Fahrzeuge gratis auf der Strasse herumfahren dürfen.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wird grossmehrheitlich auf die Vorlage eintreten und ihr in der Schlussabstimmung auch zustimmen.

Martina Munz (SP): Ich stelle im Namen der SP-AL-Fraktion den Nicht-eintretensantrag.

Die vorliegende Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern hat keine Lenkungswirkung, darin sind wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einig. Mit dem zahnlosen Zusatz bekommt das Strassenverkehrsgesetz nur gerade ein hellgrünes Deckmäntelchen. Die Wirkung ist absolut ohne Bedeutung und deshalb ist der vorgesehene, kleine Steuerausfall völlig sinn- und wertlos.

Wenn wir eine Ökologisierung der Strassenverkehrssteuer anstreben und damit auch eine Lenkungswirkung erzielen wollen, müssen wir das herzhaf und überzeugend anpacken, sonst lassen wir es besser bleiben. Dazu müsste die Strassenverkehrssteuer aber markant angehoben werden. Nur so kann zwischen Treibstoffschluckern und ökologischen Fahrzeugen differenziert werden. Damit energieeffiziente Fahrzeuge tatsächlich gefördert werden, muss die Entlastung dauerhaft und spürbar sein. Die Höhe der Strassenverkehrssteuer müsste sich ausserdem dem Niveau der neuen Steuer im Kanton Zürich annähern. Eine solche ökologische Steuerreform würde zwangsläufig Mehreinnahmen von 1 bis 2 Steuerprozenten bewirken. Diese Mehreinnahmen müssten den Steuerzahlenden durch Steuersenkungen im gleichen Ausmass zurückgegeben werden. Sinnvoll wäre, dass die Steuer vor allem für den Mittelstand gesenkt würde. Damit hätten wir zwei Fliegen auf einen Streich: Steuersenkungen ohne Steuerausfall sowie eine Lenkungswirkung bei der Strassenverkehrssteuer.

Ein weiterer grosser Mangel der vorgesehenen Teilrevision ist die Bevorzugung von Neuwagen. Der Kommissionspräsident hat sich ausführlich dazu geäussert. Es kann doch nicht im Interesse des Kantons sein, dass sich möglichst viele Personen ein neues Fahrzeug anschaffen. Unser Interesse ist es, dass die Autos, die unterwegs sind und unterwegs sein müssen, dies möglichst ökologisch tun. Macht sich die Regierung etwa Hoffnungen, dass Mietwagenfirmen ihre Autos wieder in Schaffhausen einlösen werden? Diese Mietautos werden bekanntlich selten älter als drei Jahre. Diese Fahrzeugflotten wären dann, sofern es sich um ökologische Fahrzeuge handelt, permanent gratis unterwegs. Der Kanton hätte damit nur den Aufwand. Damit würde zwar auch eine Lenkungswirkung erreicht, mit Sicherheit aber nicht die gewünschte.

Zudem wird die Motion Gnädinger mit der Vorlage nur bedingt erfüllt. Die Elektro- und Hybridfahrzeuge würden in den ersten drei Jahren nicht besteuert, danach aber zum vollen Tarif. Auch das kann nicht in unserem Interesse sein und auf die Lebensdauer des Fahrzeuges gibt es nur eine sehr geringfügige Entlastung. Dazu kommen noch die E-Bikes, die, so glaube ich, gleich wie Motorfahräder besteuert werden. Diese E-Bikes müssten dann mehr Steuern als Hybridfahrzeuge bezahlen. Auch das ist ein Unsinn.

Diese Teilrevision ist, gesamthaft betrachtet, ein Fehlkonstrukt. Mit dem Nichteintretensantrag wird die Regierung eingeladen, die Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes herzhafte anzupacken und eine echte ökologische Steuerreform einzuleiten.

Christian Heydecker (FDP): Auch meine Fraktion ist über diese Vorlage nicht gerade übertrieben erfreut. Hauptgrund ist – das wurde bereits mehrfach angetönt –, dass mit dieser Vorlage keine Lenkungswirkung erzielt wird. Das liegt aber nicht an der Vorlage, sondern daran, dass die Motorfahrzeugsteuern generell, und nicht nur in unserem Kanton, zu tief sind. Ich wage zu behaupten, dass Sie, wenn Sie nicht vor ein, zwei Wochen Ihre Rechnung vom Strassenverkehrsamt erhalten hätten, wahrscheinlich nicht wüssten, wie viel Motorfahrzeugsteuern Sie pro Jahr bezahlen. Im Vergleich mit den Unterhalts- und den Benzinkosten fällt die Motorfahrzeugsteuer einfach zu wenig ins Gewicht, als dass darüber eine Lenkungswirkung erzielt werden könnte. Wollen wir jedoch eine solche erzielen und verbrauchsarme Fahrzeuge unterstützen und bevorteilen, muss dies über den Benzinpreis geschehen, nicht aber über die Motorfahrzeugsteuer.

Meine Fraktion wird dieser Vorlage gleichwohl aus den folgenden Gründen zustimmen: Erstens wird die Motion von Andreas Gnädinger zumindest teilweise umgesetzt. Das ist etwas Positives. Und zweitens kann relativ sachlich und nüchtern festgehalten werden, dass mit der Vorlage ei-

nige Leute im Kanton weniger Motorfahrzeugsteuern bezahlen müssten, und dagegen können wir nichts haben.

Gottfried Werner (SVP): Ich bin mir nicht sicher, ob ich für eine Minderheit meiner Fraktion oder nur für mich selbst spreche.

Ich spreche mich wie Martina Munz für Nichteintreten aus, aber, wie Sie merken werden, aus ganz anderen Gründen. Die erste Vorlage enthielt ein Bonus-Malus-System und war kostenneutral gestaltet. Automobilisten mit älteren und wenig benützten Autos dürfen doch nicht dafür bestraft werden, dass sie mit diesen Autos wenig gefahren sind und damit der Umwelt Sorge getragen haben. Zudem ist die graue Energie von neu produzierten Autos sehr hoch. Daher wurde das Malus-System aus der Vorlage gestrichen, was nun zur Folge hat, dass die Kostenneutralität nicht mehr gewährleistet ist.

Aus meiner Sicht kann aus den folgenden Gründen nicht auf die Vorlage eingetreten werden: Jede Person, die sich zum Kauf eines Autos entscheidet, nimmt eine zusätzliche Umweltbelastung in Kauf. Dafür muss sie nicht noch belohnt werden. Mit der Strassenverkehrssteuer wird das kantonale Strassennetz teilweise gebaut und unterhalten. Hinzu kommt die Benzinzollsteuer. Die Energie, welche die Benzin- und Dieselfahrzeuge brauchen, wird dadurch ebenfalls besteuert und der Strassenbau wird damit finanziert. Gas und Strom unterliegen keiner Energiesteuer. Demnach würden Gas- und Elektrofahrzeuge unsere Strassen rund drei Jahre lang benützen, ohne einen Rappen dafür zu bezahlen. Das will mir nicht in den Kopf.

Daher unterstütze ich den Antrag von Martina Munz. Das Budget 2011, das wir vor drei Wochen verabschiedet haben, sollte nun nicht schon wieder verschlechtert werden. Zudem haben wir vor einer Woche ein Postulat an die Regierung überwiesen, welches uns ein paar Hunderttausend Franken Mehrausgaben beschern könnte. Und mit dieser Vorlage würden wir die Weichen für Mindereinnahmen von über 100'000 Franken stellen. Man will mir jetzt weismachen, das sei ja gar nicht viel. Ja, meine Damen und Herren, «e bitzeli isch nid vill, aber vill bitzeli giit au en Huufe». Daran sollten wir gelegentlich wieder denken.

Urs Capaul (ÖBS): Es handelt sich bei der Vorlage «Strassenverkehrssteuern» nicht um einen grossen Wurf, sondern angesichts der vielen abgelehnten Änderungsvorlagen bei der Strassenverkehrssteuer um das realistisch Machbare. Mit der Vorlage der Spezialkommission wird auf ein Malus-System verzichtet, und nur effizienteste Neufahrzeuge werden für die beschränkte Zeit von drei Jahren mit einem Bonus belohnt. Der Bonus dürfte auch kaum Lenkungswirkung entfalten, sondern könnte allen-

falls dem Händler als weiteres Verkaufsargument und dem Kunden zur Beruhigung des Gewissens dienen.

Leider wurde die Umweltetikette, welche die Belastungen der Emissionen bei der Bewertung der Fahrzeugqualität einbezogen hätte, vom Bundesrat verworfen. Immerhin wird in der Vorlage der Spezialkommission noch die CO₂-Belastung berücksichtigt. Dabei ist richtig, dass nicht auf eine spezielle Fahrzeugtechnologie Rücksicht genommen wird, also nicht zum Beispiel Hybridfahrzeuge speziell gefördert werden. Massgebend sind vielmehr die Wirkung, also der Energieverbrauch, und die CO₂-Emissionen, welche beide reduziert werden sollen. Die Vorlage sieht einen Höchstwert von 130 g CO₂ pro Kilometer vor, der Bundesrat hat denselben Grenzwert für 2015 vorgesehen. Hybridfahrzeuge speziell hervorzuheben ist schlicht ein Unsinn, da nicht nur die Prius-Technologie existiert, sondern auch viele andere Hybridtechnologien, die nicht wesentlich energieeffizienter als konventionelle Fahrzeuge sind.

Ich stimme Christian Heydecker zu, dass die Strassenverkehrssteuer viel zu tief ist. Es ist richtig, dass eine Lenkungswirkung vor allem über den Benzinpreis realisiert werden könnte. Aber das ist nicht auf der Ebene des Kantons zu verwirklichen, sondern hier müsste der Bund handeln. Die Vorlage ist höchstens ein gerupfter Spatz, ein nacktes Poulet, aber sicher nicht eine Taube auf dem Dach.

Ich bin selber gespannt, wie sich die ÖBS-EVP-Fraktion entscheiden wird.

Florian Hotz (JF): Da es sich hier netto um eine Steuersenkung handelt, werde ich als Jungfreisinniger dieser Vorlage zustimmen. Ich würde sie aber eigentlich gern ablehnen. Warum? Diese Vorlage ist schon als rein symbolisches Politikgeschäft gestartet. Alle reden vom Klimaschutz. Klimaschutz ist saumässig in, wir wollen auch bei den Coolen mit dabei sein. Also müssen wir auch etwas in dieser Richtung unternehmen. Denn wir können nicht im Abseits stehen, wenn die meisten Kantone in diesem Bereich etwas tun.

Zudem wurde nicht gefragt, ob ein solches Bonus-Malus-System überhaupt sinnvoll ist, wenn es darum geht, umweltschonendes Handeln zu unterstützen. Auch wurde, und das ist fast das Schlimmste, nicht gefragt, ob die Zeit und der Arbeitsaufwand, die im Rat und in den Ämtern aufgewendet wurden, um eine solche Vorlage auszuarbeiten und zu behandeln, den Nutzen aufwiegen, der aufgrund unseres kleinen Hebels im Rahmen des globalen Klimaproblems schlicht nicht messbar und damit nicht nachweisbar ist.

Wir sollten uns in diesem Rat nicht mit Problemen beschäftigen, die wir nicht lösen können. Wir sollten in diesem Rat bescheiden sein und uns um diejenigen Anliegen kümmern, welche die Bürger auch tatsächlich

beschäftigen, und um die Dinge, wo wir einen Impact haben. Deshalb wünschen sich die Jungfreisinnigen in Zukunft ein bisschen weniger Show- und Symbolpolitik und dass wir uns um die wirklichen Probleme kümmern.

Jürg Tanner (SP): Ich besitze kein Motorfahrzeug und gehöre deshalb zur Minderheit, die sich aus meiner Sicht am vorbildlichsten verhält und auch keine graue Energie zur Herstellung eines Fahrzeuges benötigt. Zudem verursacht diese Minderheit auch keinen Lärm und verpestet die Luft nicht. Wie werden eigentlich diese Leute belohnt? Hier wäre meines Erachtens ein innovativer Denkansatz gefragt.

Ich finde es immer sehr interessant, wenn den Motorfahrzeugfahrern Rosen und sonstige Dinge verteilt werden, wenn sie vor dem Rotlicht den Motor abstellen. Die Velofahrer, die Fussgänger und die Busbenützer dagegen erhalten nichts.

Ich bin versucht, einen Antrag zu Art. 3 zu stellen, der vorsähe, dass Personen, die nicht Halter eines Motorfahrzeuges sind, eine Rückvergütung erhielten. Dem könnte wahrscheinlich auch Gottfried Werner zustimmen, da ich ihn in seiner Intention unterstütze.

Auch den Beispielen, die Thomas Hurter vorgebracht hat, kann ich zustimmen. Ein Auto sollte «tot» gefahren werden, denn die Herstellung eines Fahrzeuges kostet schliesslich auch etwas. Das wäre innovative Politik, Florian Hotz, und wirklich gerecht. Denn diejenigen, die nicht Auto fahren, sind die Guten und alle anderen sind mehr oder weniger sowieso schlecht.

Regierungsrat Reto Dubach: Die Begeisterung der Regierung hält sich auch in Grenzen. Wir haben Ihnen ursprünglich eine Vorlage unterbreitet, die ein Bonus-Malus-System vorsah und mit der wir unsere Neigung zu einer umfassenden Lösung zum Ausdruck gebracht haben. Aber die Regierung steht auch hinter der jetzigen Vorlage, wenn auch nicht mit Begeisterung.

Wen begeistern schon Strassenverkehrssteuern? Ich glaube, keine Vorlage hatte es in den letzten Jahren so schwer wie die Revision der Strassenverkehrssteuern. Sechs erfolglose Versuche, sechsmal hat das Volk Nein gesagt beziehungsweise beim letzten Mal bereits der Kantonsrat, weil er nicht gewillt war, sich dieser heissen Kartoffel anzunehmen. Das scheint auch jetzt wieder der Fall zu sein.

Es wird von einer glaubwürdigen Ökologisierung der Strassenverkehrssteuer gesprochen. Diesbezügliche Versuche in der Vergangenheit haben jedoch Schiffbruch erlitten. Auch die Einflussnahme auf den Benzinpreis wird diskutiert. Auch die Regierung ist der Meinung, dass dies die beste Lösung wäre. Eine solche Lösung müsste jedoch auf Bundesebene

erarbeitet und realisiert werden. Auf der kantonalen Ebene müssen wir alle eigenen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber im Bereich der Mobilität verfügen wir nur über sehr geringe Möglichkeiten, die vorliegende Massnahme bei den Strassenverkehrssteuern können wir jedoch ergreifen.

Ich nehme es vorweg: Wenn Sie nicht auf die Vorlage eintreten, schreiben Sie alle Motionen und somit alle Aufträge ab, die Sie uns erteilt haben. Es kann nicht sein, dass der Kantonsrat dem Regierungsrat Aufträge erteilt, die er anschliessend, wenn es um die Umsetzung geht, nur noch halbherzig oder in keiner Art und Weise mehr mittragen mag. Ich sage damit bereits, dass die Motion Gnädinger mit dieser Vorlage zwar nicht zu 100 Prozent, aber doch sehr weitgehend erfüllt ist. Der Gesetzesentwurf enthält eine Flexibilität, die es uns erlaubt, Erfahrungen, die im Verlaufe der nächsten Jahre in der Praxis gemacht werden, auf Verordnungsebene auch entsprechend zu konkretisieren und entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Zu Jürg Tanner: Er hat recht. Ich gehöre zwar nicht zu den Nichtbesitzern eines Personenwagens, aber ich bin ein starker Vertreter und Benützer des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs. Aber bei diesem Thema müssen wir ehrlich bleiben. Der ÖV ist massiv subventioniert und wird auch aus Steuermitteln bezahlt. Daher sollte man sich davor hüten, Strassenverkehr und öffentlichen Verkehr gegeneinander auszuspielen. Das könnte letztlich kontraproduktiv sein.

Ich verweise auf die anderen Kantone. Schliesslich tun wir mit dieser Vorlage nichts anderes als andere Kantone, die bereits Lösungen gefunden haben. Das Bonus-System, welches wir hier vorschlagen, haben heute bereits die Kantone Basel-Landschaft, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, St. Gallen, Thurgau, Waadt und Wallis eingeführt. St. Gallen und Wallis haben praktisch dasselbe System, das wir Ihnen hier vorschlagen. Zusätzlich ein Malus-System, welches heute gefordert wurde, haben nur die Kantone Freiburg, Genf und Tessin eingeführt. Insgesamt elf Kantone kennen also das vorgeschlagene Bonus-System bereits. Die interkantonalen Konferenzen empfehlen ebenfalls dessen Einführung. Auch der Kanton Zürich ist bestrebt, ein solches einzuführen.

Und in unserem kleinen Paradies soll dieses Bonus-System plötzlich nichts mehr wert sein. Das kann es doch auch nicht sein. Zumal wenn die Kantone im Bereich der Mobilität nur über geringe Einflussmöglichkeiten verfügen. Der Energieverbrauch für die Mobilität umfasst heute aber rund einen Drittel des gesamten Energieverbrauchs der Schweiz. Wer eine glaubwürdige Energiepolitik betreiben will, der muss nicht nur zu riesengrossen Massnahmen Ja sagen, die ohnehin nie realisiert werden, sondern er muss auch Ja zu den kleinen Schritten sagen. Wir wollen doch längerfristig aus der Kernenergie aussteigen. Ich bin überzeugt, dass das nur mit einem Massnahmenpaket gelingt und nicht mit einem einzigen

grossen Wurf. Die vorliegende Massnahme ist nur ein kleiner Schritt dazu – das gebe ich zu –, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

In St. Gallen haben wir uns nach den bisherigen Erfahrungen erkundigt. St. Gallen meint, und vielleicht ist diese Aussage etwas sehr extrem, es bestehe zwar nur ein geringer finanzieller Anreiz, aber doch ein grosses emotionales Interesse. Der Fahrzeugkauf oder die Wahl des Fahrzeugmodells ist ohnehin vielfach eine emotionale Angelegenheit. Dabei lässt sich der Kunde nicht nur von den Realitäten leiten. In diesem Zusammenhang stellt die Strassenverkehrssteuer ein zusätzliches Verkaufsargument dar. Aus diesem Grund steht der Autogewerbeverband des Kantons Schaffhausen unserem Vorschlag durchaus wohlwollend gegenüber, im Wissen darum, dass wir damit jedoch keine Berge versetzen werden. Aber wie heisst es so schön, und ich zitiere gerne den 1990 verstorbenen deutschen SP-Politiker Herbert Wehner: «Zwischen grossen Worten und kleinen Schritten entscheide ich mich für Letzteres.» Meines Erachtens müssen wir in der Energiepolitik genau so vorgehen. Es ist ein Bekenntnis, ein Signal für mehr Energieeffizienz. Im Bereich der Gebäudehüllensanierung gewähren wir Anschubbeiträge, beim Autokauf gestehen wir den Käufern eine Belohnung in der Form des Steuererlasses während dreier Jahre zu.

Geben Sie sich daher einen Ruck, treten Sie auf die Vorlage ein und geben Sie der Kommission die Chance, die erwähnten negativen Punkte bei der Vorbereitung der zweiten Lesung zu bereinigen.

Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP): Ich erlaube mir noch zwei, drei persönliche Bemerkungen.

Die geringe Lenkungswirkung wurde bereits erwähnt. Aus meiner Sicht ist das vorgeschlagene System, auch im Hinblick auf die anderen Kantone, ein vernünftiger Ansatz. Es stellt sich lediglich die Frage: Wollen wir uns ein grünes Mäntelchen anziehen oder nicht? Leider ist es wirklich nur ein Mäntelchen.

Ich bin über die kaum vorhandene Begeisterung des Regierungsrates doch etwas erstaunt. Schliesslich stammt diese Vorlage ursprünglich von ihm. Es wären auch andere Lösungen denkbar gewesen.

Ich erlaube mir, Regierungsrat Reto Dubach hinsichtlich seiner Ausführungen zum Malus-System zu korrigieren. Nur die Kantone Tessin und Genf kennen den Malus, Freiburg kennt ihn, gemäss meinen Unterlagen des Bundes, nicht.

Zu Florian Hotz und seiner Forderung, der Rat solle sich mit den wirklichen Problemen beschäftigen: Studieren Sie vielleicht einmal die Themen auf der Traktandenliste; da finden Sie des Öfteren wirklich Unwichtiges. Was die zur Diskussion stehende Vorlage anbelangt, bin ich der Meinung, dass wir uns trotzdem darüber unterhalten sollten. Jürg Tanner

bekannt sich als Nichtautomobilist und bevorzugt den öffentlichen Verkehr. Ich finde es grossartig, wenn man diesen kräftig mitbenützt. Aber auch im öffentlichen Verkehr steckt graue Energie. Und ich weise hier noch einmal darauf hin: Der Strassenverkehr liefert jährlich 9,3 Mia. Franken ab. Davon fliessen 2,1 Mia. Franken in den öffentlichen Verkehr und 4 Mia. Franken in die Bundeskasse.

Vielleicht noch eine Bemerkung zum Generalabonnement (GA): Diejenigen, die ein GA besitzen, ich natürlich auch, mache ich darauf aufmerksam, dass das GA mit 6 Rappen pro Kilometer finanziert wird. Das GA ist aufgrund seines Erfolgs in eine Negativspirale geraten. Jeder Bahnkilometer wird momentan mit 6 Rappen zusätzlich finanziert.

Martina Munz (SP): Wie sieht es mit den Mietwagen aus? Ist es so, dass dann, wenn sich Mietwagenfirmen im Kanton Schaffhausen niederlassen oder ihre Fahrzeuge hier anmelden würden, ihre Flotte drei Jahre gratis unterwegs wäre?

Regierungsrat Reto Dubach: Dieser Punkt wurde in der Kommission nicht explizit diskutiert. Aber die Gesetzesvorlage differenziert nicht zwischen Mietwagen und anderen Wagen. Sie unterliegen derselben Steuerregelung. Daher könnten die Mietwagen ebenfalls von dieser Regelung profitieren.

Auf die Thematik der Mietwagenfirmen, die den Kanton Schaffhausen verlassen haben, bin ich oft angesprochen worden. Es wurde moniert, man sehe das SH-Kennzeichen fast nirgends mehr in der Schweiz. Das sei doch ein zusätzlicher Werbefaktor gewesen. Der Kanton solle sich bemühen, diese Firmen zurückzugewinnen. Die Kantone haben einander in diesem Bereich massiv konkurrenziert.

Gerne können wir dieser Frage in der Kommission nochmals nachgehen und, sollte der Wunsch bestehen, eine differenzierte Regelung erarbeiten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es liegt ein Antrag auf Nichteintreten von Martina Munz vor.

Abstimmung

Mit 28 : 21 wird der Antrag von Martina Munz abgelehnt. Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung

Matthias Frick (AL): Ich stelle den Antrag, das Geschäft sei an den Regierungsrat zurückzuweisen. Dies mit dem ausdrücklichen Auftrag, die Vorlage ertragsneutral auszugestalten.

Bei einer budgetneutralen Ausgestaltung wären vielleicht sogar einige von uns bereit, der Vorlage zuzustimmen, auch wenn sie eigentlich nur einen scheinökologischen Scherzartikel darstellt. Fehlt diese Kostenneutralität aber, so sind wir dazu nicht bereit. Wir können keine 100'000 Franken für etwas sprechen, das nach Meinung aller Beteiligten null, ich wiederhole es noch einmal, null Lenkungswirkung erzielt. Diese Einschätzung haben Sie heute Morgen bereits gehört und können Sie auch den Kommissionsprotokollen entnehmen. Es ist meiner Ansicht nach sehr bezeichnend, dass dieser sinnfreie Vorschlag aus einem freisinnig geführten Departement kommt. 100'000 Franken für nichts. Als wir aber bei der Budgetdebatte vor drei Wochen 50'000 Franken für eine zusätzliche Stelle im Volkswirtschaftsdepartement forderten, die nachweislich, wir haben den Volkswirtschaftsdirektor gehört, dem Bedarf entspricht, bitten wir auf Granit.

Die Vorlage in dieser Form ist kein Gewinn für die Umwelt. Sie ist einzig und allein eine Subventionierung von Neuwagenkäufen. Wollen wir dafür 100'000 Franken ausgeben? Ich bin nicht bereit dazu.

Ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie dem Rückweisungsantrag zu und sorgen Sie dafür, dass die Umsetzung dieser Vorlage wenigstens nichts kostet.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Ich bin der Meinung, dass wir in der Kommission alle Varianten diskutiert haben. Bei der Vorbereitung der zweiten Lesung können wir all das, was jetzt im Kantonsrat erörtert wurde, nochmals diskutieren.

Der Vorwurf, ein solcher Vorschlag aus der bürgerlichen Ecke sei eigenartig, beweist im Gegenteil, dass auch die bürgerliche Seite eine glaubwürdige Energiepolitik betreiben kann. Zudem ist es nicht so, dass die Vorlage überhaupt keine Wirkung erzielt. Wir dürfen jetzt nicht die Augen völlig davor verschliessen oder den Kopf in den Sand stecken.

Ich habe lediglich gesagt – und das kann im Protokoll nachgelesen werden –, die Vorlage habe eine geringe finanzielle Auswirkung, aber es bestehe ein hohes emotionales Interesse. Daher hat sie vielleicht nicht direkt, aber indirekt eine positive Wirkung. Auch muss ein solcher Bonus zwar nicht zum Kauf eines Autos verführen. Das wäre völlig falsch und das wollen wir auch nicht. Denn die Wirkung soll sich dann entfalten, wenn jemand ohnehin ein Auto kaufen möchte. Damit könnten sich dem

Käufer die folgenden zwei Auswahlmöglichkeiten bieten: Ein Auto der Energieklasse F, mit schlechter Energieeffizienz, oder ein Fahrzeug der Energieklasse A. Vielleicht wird der Verkäufer dann argumentieren: Nehmen Sie doch das Auto der Energieklasse A. Denn damit werden auch die Emotionen angesprochen. Zudem haben elf andere Kantone bewiesen, dass das System nicht so schlecht sein kann.

Markus Müller (SVP): Ich mache Ihnen beliebt, diesen Antrag abzulehnen. Ich habe mich bereits beim Nichteintretensantrag von Martina Munz zurückgehalten und mich nicht zu diesem geäußert. Wollen wir das Thema vom Tisch haben, müssen wir auf die Vorlage eintreten, wir dürfen sie nicht zurückweisen und müssen sie erst in der Schlussabstimmung ablehnen. Dann wird sie für die nächste Zeit in der Schublade verschwinden und nicht so schnell wiederkommen.

Ich bin mit der Absicht hierhergekommen, diesen grösst- oder kleinstmöglichen Nenner – vielleicht kann ein Mathematiker das genau benennen – zu unterstützen. Langsam gelange ich aber zur Ansicht, dass wir die Vorlage im neuen Jahr trotzdem ablehnen werden. Denn die Regierung steht nicht mehr dahinter und auch der Kommissionspräsident setzt sich nur halbherzig dafür ein. Der Rat ist sowieso dagegen. Was also tun wir hier eigentlich?

Der Autogewerbeverband des Kantons Schaffhausen steht dahinter. Regierungsrat Reto Dubach, natürlich unterstützt er diesen Vorschlag, wenn er dadurch zu mehr Kunden oder mehr Verkäufen kommt. Aber darum geht es eigentlich nicht.

Martina Munz hat betont, dass die Devise heissen sollte, möglichst ökonomisch unterwegs zu sein. Ich würde sogar noch weiter gehen. Meiner Ansicht nach sollte man möglichst wenig unterwegs sein. Und dann ist es mir lieber, ich besitze ein älteres Auto, das zwar viel Benzin braucht, aber in der Garage steht und nur bei Gelegenheit benutzt wird, als dass ich mir auf Teufel komm raus ein neues Auto anschaffe, das dafür etwas weniger Benzin braucht, aber mit dem ich mehr unterwegs bin. Denn die Steuer beeinflusst die Fahrgewohnheiten nicht im Geringsten. Im Portemonnaie spürt man schliesslich nur den Benzinpreis und den Benzinverbrauch. Denn für ein Kleinauto sind sowieso praktisch keine Steuern abzuliefern. Das hat keinen Einfluss. Da muss man wahrscheinlich einmal schweizweit zu einer Lösung gelangen. Aber das steuern zu wollen ist völlig illusorisch. Jetzt diskutieren wir hier die Sache zu Ende und im neuen Jahr lehnen wir sie wahrscheinlich ab.

Heinz Rether (ÖBS): Beim Autokauf entscheidet man sich wahrscheinlich nicht aufgrund dieser Steuerermässigung für ein ökologisches Auto, sondern schon viel vorher entscheidet man sich, dass man ein neues

Auto will. Demzufolge darf auch nicht der öffentliche Verkehr gegen den Individualverkehr ausgespielt werden. Wir müssen mit beidem leben, beide haben sowohl ihre guten wie ihre schlechten Seiten. Beides sollte aber möglichst sinnvoll betrieben werden. Meines Erachtens hat die geplante Steuerermässigung daher durchaus ihre Wirkung – allerdings erst zu dem Zeitpunkt, an dem man sich bereits entschieden hat, ein Auto zu kaufen. Aber dann stellt sich die Frage, was für ein Auto man sich kaufen soll. Die Steuerermässigung kann in dieser Phase ein Anreiz sein, sich ein ökologisches Auto anzuschaffen. Zumindest bei mir war diese Überlegung beim Autokauf ausschlaggebend und wahrscheinlich auch bei einigen anderen, die sich bereits für ein energieeffizientes Auto entschieden haben.

Zu den Mietwagen: Aus meiner Sicht schaffen sich Leute, die diese Angebote nutzen, selber kein Fahrzeug an. Ausserdem wird ein Mietwagen meist von mehreren Personen benützt. Ein gutes Beispiel scheint mir «Mobility» zu sein. Die roten Wagen, die durch die ganze Schweiz fahren, haben Sie sicher schon gesehen. Diese sind auch sehr ökologisch und ein linkes Vorzeigemodell.

Wir sollten die Kirche im Dorf lassen und das tun, was in unseren Möglichkeiten liegt.

Daniel Fischer (SP): Zur Begeisterungslosigkeit: Alle Redner haben festgestellt, und man war sich einig, dass die Vorlage niemanden begeistert. Trotzdem ist aber eine Mehrheit auf die Vorlage eingetreten. Regierungsrat Reto Dubach hat heute sogar schon mehrmals ein grosses emotionales Interesse festgestellt. Diese Vorlage bringt aber wirklich nichts.

Ich bitte Sie daher, diese Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen. Regierungsrat Reto Dubach ist mit seiner Erfahrung sicher in der Lage, uns eine kostenneutrale Vorlage vorzulegen, die alle tatsächlich begeistern wird.

Matthias Freivogel (SP): Ich muss offen gestehen, dass der Antrag auf Rückweisung sicher zweckmässig ist, aber in der Begründung fehlt aus meiner Sicht eine Komponente.

Regierungsrat Reto Dubach hat ausgeführt, wir seien bereits sechsmal mit der Revision der Motorfahrzeugsteuer gescheitert. Mindestens viermal wurde in diesem Zusammenhang über eine wesentliche Erhöhung der Steuer gesprochen, was aber Anlass zur Befürchtung gab, das Volk würde dem nicht zustimmen. Nun haben wir den Glücksfall, dass wir eine Erhöhung der Steuer über die ordentlichen Steuern kompensieren können.

Weshalb? Die neue Motorfahrzeugsteuer träte 2012 in Kraft. Unsere Finanzdirektorin hat in der Budgetdebatte angekündigt, dass 2012 auch der ordentliche Steuerfuss neu verhandelt werde. Beim siebten Anlauf haben wir nun erstmals die Konstellation, dass wir gleichzeitig an zwei Schrauben drehen und damit eine eigentliche ökologische Steuerreform durchführen können. Diese Gelegenheit müssen wir nun aber auch ergreifen. Frau Finanzdirektorin, ich lade Sie ein, zusammen mit Ihrem Amtskollegen, dem Steuereinspektor für die Motorfahrzeugsteuern, eine Lösung zu finden, die beides berücksichtigt.

Christian Heydecker hat die Ansicht geäußert, die Motorfahrzeugsteuern seien generell zu tief und könnten so keine Wirkung entfalten. Mit meinem Vorschlag erhöhen wir die Strassenverkehrssteuer in einem Mass, dass darüber eine Lenkungswirkung erzielt werden kann. Gleichzeitig kompensieren wir aber diese Erhöhung bei den ordentlichen Steuern. Sie rufen aber jetzt alle: Sicher nicht! Damit haben Sie sich verraten und bringen zum Ausdruck, dass Sie von einer Ökologisierung nichts wissen wollen, meine Damen und Herren. Denn von einer Senkung der ordentlichen Steuern würden alle profitieren, und zwar auch diejenigen, die sich vorbildlich verhalten und nicht mit einem Fahrzeug unterwegs sind.

Markus Müller vertritt die Meinung, das ökologischste Verhalten wäre, gar nicht zu fahren. Ich frage Sie: Gilt das auch für den Luftverkehr? Das sollten Sie sich als Swiss-Pilot vielleicht einmal fragen. Ich fliege auf jeden Fall weniger als Sie.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Regierungsrat diese Option offenzulassen, sodass er dem Rat in diesem Frühling eine Kombination der ordentlichen Steuern mit der Motorfahrzeugsteuer unterbreiten kann. Es scheint mir wichtig, dass wir einen kombinierten Vorschlag erhalten und schliesslich darüber entscheiden, was wir genau tun wollen. Wollen wir die beiden Geschäfte als Massnahmenpaket gemeinsam behandeln? Oder wollen wir die Vorlagen einzeln beraten? Mit dem von mir vorgeschlagenen Vorgehen stehen uns alle Optionen offen.

Markus Müller (SVP): Es tut mir leid, dass ich Ihre Zeit nochmals kurz in Anspruch nehmen muss, aber momentan scheint sich mein Beruf in der Schusslinie der SP zu befinden. Bereits an der letzten Sitzung wurde ich deswegen von Jürg Tanner attackiert.

Matthias Freivogel, ich stimme Ihnen zu. Fliegen Sie möglichst wenig, dann muss die Swiss weniger Flüge anbieten und für die Umwelt wäre das auch besser. Trotzdem scheint mir Ihre Argumentation doch etwas seltsam. Ich mache dem Buschauffeur auch keinen Vorwurf, dass er für seinen Bus Benzin oder Dieselöl braucht. Schliesslich können Sie ihm nicht die Schuld geben, wenn er wegen des 10-Minuten-Takts mehr Treibstoff verbraucht. Einen solchen Anwurf finde ich daneben.

Genau wie der Chauffeur übe ich einen Beruf aus, der von der Nachfrage abhängt. Wenn Sie weniger fliegen, brauchen wir auch weniger Treibstoff. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP): Ich möchte Sie ebenfalls bitten, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Ein solcher wurde bereits in der Kommission gestellt und mit 6 : 3 abgelehnt.

Ich muss mir nun den Vorwurf gefallen lassen, ich würde als Kommissionspräsident die Vorlage nur halbherzig vertreten. Für die alte Vorlage hatte ich wirklich nichts übrig. Denn auch diese hatte keine Lenkungswirkung. Zudem wollte man mit ihr Autolenker, die in der Vergangenheit ein wenig energieeffizientes Auto gekauft haben, bestrafen. Bekanntermassen war damals noch nicht voraussehbar, dass sich die Technik so schnell und in diesem Ausmass verbessern würde.

Zudem haben Sie der Motion Gnädinger mit 36 : 6 zugestimmt und damit der Regierung diesen Auftrag erteilt. Demzufolge müssen Sie sich diese Geschichte selber in die Schuhe schieben.

Zu Matthias Freivogel: Der Luftverkehr generiert 2 bis 3 Prozent des gesamten CO₂-Ausstosses. Wäre in den vergangenen Jahren der Treibstoffverbrauch bei den Fahrzeugen im gleichen Ausmass wie bei den Flugzeugen reduziert worden, wäre das ein Erfolg.

Diese Vorlage ist der kleinste gemeinsame Nenner. Deren Entstehungsgeschichte habe ich Ihnen kurz skizziert. Die einen unter Ihnen wollen höhere Steuern, die anderen wollen gar keine Steuern, wieder andere wollen über den Benzinpreis höhere Erträge generieren. Sie sehen, die Ausgangslage ist verworren. Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie dieser Vorlage zu.

Abstimmung

Mit 39 : 16 wird der Rückweisungsantrag von Matthias Frick abgelehnt.

Art. 3

Jonas Schönberger (AL): Art. 3 möchte ich mit folgendem Wortlaut ergänzen: «Der Kantonsrat kann diese Beiträge jährlich auf den 1. Januar der Teuerung anpassen. Massgebend ist der Landesindex der Konsumentenpreise.»

Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP): Dieser Antrag wurde in der Kommission nicht vorgebracht oder diskutiert. Wenn Sie diesem Anliegen zustimmen, wird die Kommission es natürlich bei der Vorbereitung der zweiten Lesung besprechen.

Christian Heydecker (FDP): Es ist nicht das erste Mal, dass wir über einen solchen Antrag diskutieren. Meines Wissens konnte das Volk auch schon über ein solches Anliegen abstimmen und hat es verworfen.

Für mich ist das alter Wein in neuen Schläuchen. Daher mache ich Ihnen beliebt, diesen Antrag abzulehnen. Zumal wir konsequenterweise beginnen müssten, auch alle anderen Gebühren, Abgaben und Steuern zu indexieren, was aus meiner Sicht nicht sehr sinnvoll wäre. Auch unter diesem Aspekt bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Mit 35 : 19 wird der Antrag von Jonas Schönberger abgelehnt.

Art. 4 Abs. 2 bis Abs. 5

Martina Munz (SP): Ich beantrage, die Formulierung in Art. 4 Abs. 2 sei so zu ändern, dass es sich um eine dauerhafte Steuerermässigung um 50 Prozent handelt: «Emissionsarme Personenwagen, die nach den bundesrechtlichen Vorschriften der besten ökologischen Kategorie zugehören und Personenwagen mit Elektroantrieb mit eingebautem Stromspeicher haben eine Steuerermässigung um 50 Prozent.»

Eine permanente Ermässigung erzielt aus meiner Sicht eher eine Lenkungswirkung. Auch sollen auf sämtliche Fahrzeuge Strassenverkehrsabgaben geleistet werden. Denn die Strassen werden von allen, auch von den Mietwagenfirmen, benutzt. Demzufolge sollen auch alle ihren Anteil dazu beisteuern.

Urs Capaul (ÖBS): Ich stelle den Gegenantrag. Es hat keinen Sinn, die Ermässigung über die gesamte Lebensdauer eines Fahrzeuges von 20 Jahren zu gewähren. Die Technologie im Fahrzeugbereich ist sehr schnelllebig. Nach fünf Jahren ist ein Auto der Energieklasse A veraltet.

Erwin Sutter (EDU): Ich bin erstaunt, dass die Elektrofahrzeuge von der Steuer befreit werden sollen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass vermehrt Elektrofahrzeuge auf den Markt kommen werden. Deren Marktanteil ist noch sehr ungewiss. Nissan als einer der Marktführer rechnet mittel- bis langfristig mit etwa 20 Prozent. Diese Elektrofahrzeuge

beziehen Strom aus der Steckdose. Wenn Sie dem zustimmen und die Elektrofahrzeuge fördern wollen, muss Ihnen auch klar sein, dass Sie damit dem Bau und dem Ersatz von Kernkraftwerken Vorschub leisten. Meines Erachtens müssen Elektrofahrzeuge gesondert betrachtet werden. Eine vollständige Steuerbefreiung in den ersten drei Jahren ist aus meiner Sicht nicht der richtige Weg. Hingegen begrüsse ich eine Ermässigung der Steuern während der ersten drei Jahre. Das wäre auch meine Anregung an die Kommission. Zudem sollte das Ganze meiner Meinung nach kostenneutral ausgestaltet werden.

Martina Munz (SP): Ich bin der gleichen Meinung wie Urs Capaul. Aber der Fortschritt der Technologie ist nach meinem Verständnis in Abs. 5 berücksichtigt: «Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere setzt er unter Berücksichtigung der Entwicklung der Motoren- und Abgastechnologie die Emissionsgrenzwerte fest.» Die Grenzwerte werden in der Verordnung geregelt.

Abstimmung

Mit 31 : 19 wird der Kommissionsfassung zugestimmt. Der Antrag von Martina Munz ist somit abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Das Geschäft geht zur Vorbereitung der zweiten Lesung an die Kommission zurück.

*

8. Postulat Nr. 2010/6 von Martina Munz vom 30. August 2010 betreffend familienfreundliches Schaffhausen (Diskussion und Beschlussfassung)

Postulatstext: Ratsprotokoll 2010, S. 402

Begründung und Stellungnahme der Regierung:
Ratsprotokoll 2010, S. 720 bis 727

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): An der letzten Sitzung haben wir die Begründung von Martina Munz sowie die Stellungnahme der Regierung gehört. Wir beginnen mit der Diskussion.

Manuela Schwaninger (JSVP): Ich freue mich, Ihnen die Fraktionserklärung der SVP-JSVP-EDU-Fraktion verlesen zu dürfen.

Unsere Fraktion lehnt das Postulat in der vorliegenden Form ab. Die Hauptgründe dafür sind: 1. Kein Eingriff in die Gemeindehoheit! Kinder-

betreuung ist nicht Sache des Kantons. Die Einrichtungen und die Vergünstigungen von Kinderbetreuungsangeboten müssen, wenn überhaupt, auf Gemeindeebene geregelt werden. Die SVP wehrt sich gegen einen Eingriff in die Gemeindehoheit mit Vorschriften und gegen Fehlanreize für Gemeinden via Kostenbeteiligungen. Die Gemeinden sollen Betreuungsangebote völlig autonom beschliessen und auch finanzieren. Wenn immer möglich sind private Initiativen vorzuziehen.

2. Die SVP wehrt sich gegen jegliche weitere Schlechterstellung der klassischen Familie gegenüber der Fremdbetreuung. Eltern, die ihre Kinder selber erziehen, werden schon heute finanziell benachteiligt, und zwar über höhere Steuern, Stichwort «Fremdbetreuungsabzug». Die SVP wehrt sich aber auch gegen die finanzielle Besserstellung der Fremdbetreuung mittels einseitiger Subventionen in Kinderkrippen, Horten und Mittagstischen. Dazu gehören sowohl die direkten Subventionen, wie Investitionen und jährliche Betriebsbeiträge, als auch die Vergünstigung der Betreuungsbeiträge bis zu hohen Einkommen. Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wehrt sich gegen das Finanzierungsmodell nach dem Giesskannenprinzip, wie es sich zum Beispiel in der Stadt Schaffhausen etabliert hat. Vergünstigungen von Krippenplätzen mit Steuergeldern sollen nur dort gesprochen werden, wo die Fremdbetreuung für das Kind besser ist, zum Beispiel in zerrütteten Familienverhältnissen, oder wo ein sozialer Härtefall vorliegt, beispielsweise bei einer alleinerziehenden Mutter.

Für die Subventionierung der Fremdbetreuung für mittlere und hohe Einkommen – wie wir sie heute praktizieren – gibt es keinen vernünftigen Grund. Die Finanzierung eines gewissen Lebensstils mit Steuergeldern der Allgemeinheit ist unfair. Es ist falsch, wenn der Staat mit einseitigen Subventionen jungen Eltern ein ganz bestimmtes, ideologisches Familienbild aufzwingen will. Seit Jahren wird gezielt versucht, die elterliche Erziehungsarbeit als Rückständigkeit zu verunglimpfen. Die schleichende Verstaatlichung der Erziehung muss gestoppt werden.

3. Die SVP wehrt sich gegen neue Sozialausgaben.

4. Es bestehen bereits parlamentarische Aufträge an die Regierung mit ähnlichem Ziel sowie die Absichtserklärung der Regierung in der Legislaturplanung. Ich verweise auf die überwiesenen Motionen von Jeanette Storrer und Ruth Peyer. Offensichtlich handelt es sich bei der neu gestarteten und medial aufgebauchten SP-Aktion für mehr staatliche Tagesstrukturen um billige Effekthascherei.

Es trifft übrigens nicht zu, dass Schaffhausen in Bezug auf die Kinderbetreuung ein «weisser Fleck» auf der Karte ist. Was genau sagt die Informationsplattform, auf die sich die Postulantin beruft, aus? Ich habe nachgeforscht. Die Webseite hat die Frage geklärt, ob das Ziel der besseren Vereinbarung von Beruf und Familie auf kantonaler Verfassungs- oder Gesetzesstufe festgelegt ist oder nicht. Total ignoriert wurden die

Legislaturziele der Regierung und bestehende parlamentarische Aufträge. Wenn sich die Webseitenbetreiber nur die Mühe gemacht und geschaut hätten, wie es in den Gemeinden aussieht, hätte sich ein ganz anderes Bild gezeigt.

Nehmen wir als Beispiel die Stadt Schaffhausen. Bereits heute gibt die Kantonshauptstadt – ganz ohne gesetzliche Verankerung auf Kantonsstufe – jährlich satte 4,5 Mio. Franken für die Kinderbetreuung aus. Dem stehen Einnahmen von nur 1 Mio. Franken gegenüber. Es bleibt also eine jährliche Belastung von 3,5 Mio. Franken am Steuerzahler hängen. Tendenz stark steigend! Investitionen sind in diesem Betrag nicht enthalten. Die Zahlen stammen aus dem aktuellen Budget der Stadt Schaffhausen. Eine Liste der Kinderbetreuungsmöglichkeiten für die Stadt und den ganzen Kanton können Sie übrigens auf den Webseiten «www.schaumal.sh» beziehungsweise «www.einkleinesparadies.ch» herunterladen. In Bezug auf Informationen – wie sie die Postulantin fordert – gibt es bereits eine kantonale Koordination durch die Webseite der Wirtschaftsförderung.

Ich fasse zusammen: Eine kantonale Information zu den Betreuungsmöglichkeiten besteht bereits auf der Internetpräsenz der Wirtschaftsförderung. Weitere Aktivitäten auf Kantonebene, wie Subventionen, lehnt die SVP ab. Insbesondere wehrt sich die SVP gegen die weitere Schlechterstellung der klassischen Familie gegenüber der Fremdbetreuung. Die Frage der Kinderbetreuung ausserhalb der Familie ist, wenn überhaupt, auf Gemeindeebene autonom zu lösen. Ausserdem bestehen bereits parlamentarische Aufträge an die Regierung mit ähnlichem Ziel.

Elisabeth Bühler (FDP): Ich kann mich kurz fassen. Der Titel des Postulats ist wirklich verführerisch und gefällt auch der FDP-JF-CVP-Fraktion. Wer ist schon gegen ein familienfreundliches Schaffhausen?

Aber trotzdem, Martina Munz, das haben wir schon letztes Mal von Regierungsrat Christian Amsler gehört, rennen Sie damit offene Türen ein! Über familienergänzende Kinderbetreuung wurden in diesem Saal schon diverse Debatten geführt. Zudem sind noch zwei Vorstösse von Jeanette Storrer und Ruth Peyer hängig und das Schulgesetz, das Gesetzesgrundlagen dafür schaffen sollte, befindet sich im zweiten Anlauf in der Planung.

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist bereits ein Thema und muss nicht noch einmal neu besetzt werden. Seitens meiner Fraktion kann ich Ihnen deshalb keine Unterstützung signalisieren.

Eines möchte ich aber doch an dieser Stelle nochmals deponieren: Bei der Aufgleisung der familienergänzenden Betreuung ist es unerlässlich, dass zuerst abgeklärt wird, wo überhaupt Bedarf besteht. Private Initiativen dürfen dadurch nicht abgeblockt werden.

Und zu guter Letzt: Zu einem flächendeckenden und voll finanzierten Konzept werden wir nie und nimmer Ja sagen.

Thomas Wetter (SP): Das Thema ist viel zu ernst, als dass man es irgendwelchem parteipolitischen Hickhack unterwerfen dürfte.

Wenn wir dieses Thema weiterhin auf die lange Bank schieben, schlittern wir aufgrund der demografischen Entwicklung des Kantons Schaffhausen in eine Katastrophe. Denn die Zahlen sind nicht wegzudiskutieren. Der Kanton Schaffhausen hat den dritthöchsten Altersquotienten in der Schweiz. Eine letzte Studie hat zudem gezeigt, dass dem kleinen Paradies die jungen Evas davonlaufen. Die Regierung hat diese Problematik teilweise erkannt, zumindest in ihren Papieren, wenn man das Legislaturprogramm liest.

In dieser Legislatur wurde mehrfach ein Grundlagenpapier zur Familienpolitik angekündigt. Die Hälfte der Legislatur ist bereits vorbei. Auch im Nachhaltigkeitsbericht schreibt die Regierung, man müsse die Frauen für höhere Ausbildungen in den Bereichen Wirtschaft und Ingenieurwissenschaften motivieren. Aber ohne familienergänzende Kinderbetreuung wird sich in diesem Bereich nicht viel erreichen lassen.

Der Erziehungsdirektor hat zwar in der letzten Sitzung lange gesprochen, aber aus meiner Sicht nichts Konkretes gesagt. Denn es wurde uns nicht mitgeteilt, was bis wann realisiert werden soll. Wir haben immer noch zu wenige Kinderkrippen, zu wenige Mittagstische, zu wenig von all den Hilfestellungen, die es einer Person ermöglichen, gleichzeitig eine gute Mutter oder ein guter Vater und eine erwerbstätige Person mit Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sein. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat von Martina Munz zu überweisen.

Franziska Brenn (SP): Ich möchte Ihnen von Herzen nahelegen, dieses Postulat zu unterstützen. Es handelt sich dabei um eine Bedarfsabklärung und ein Konzept.

Regierungsrat Christian Amsler hat, gemäss seinen Worten, den Bedarf nach familienergänzender Betreuung vollständig erkannt und damit Martina Munz recht gegeben. Er möchte dieses Anliegen jedoch ins neue Schulgesetz integrieren. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen genau: Wenn das Teil des neuen Schulgesetzes wird, so hat Letzteres von Beginn weg keine Chance. Das wäre ein viel zu grosses Risiko.

Massnahmen zur familienergänzenden Betreuung müssen aus meiner Sicht vom Schulgesetz losgelöst ergriffen werden. Ländliche Gemeinden streben ein Bevölkerungswachstum an. Wir lesen immer wieder davon in der Zeitung. Das letzte Beispiel: In Beringen wird laufend Land als Bauzone freigegeben.

Erklärtes Ziel der Regierung und der Wirtschaftsförderung ist es, junge Familien in unseren überalterten Kanton zu holen. Was aber bieten wir ihnen dafür? Es ist allen bekannt, dass vielfältige Betreuungsangebote einen äusserst wichtigen Standortfaktor darstellen.

Wir fordern eine sofortige Bedarfsabklärung und ein daraus abgeleitetes Konzept mit Massnahmen, damit sich unser Kanton effektiv als familienfreundlich darstellen kann.

Heinz Rether (ÖBS): Es geht nicht nur um die Betreuung der Kinder, sondern auch um den Auftritt des Kantons Schaffhausen auf nationaler Ebene.

Ich verweise nochmals auf den Postulatstext. Es geht darum, dass wir auf einer offiziellen Homepage, der Informationsplattform des SECO «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», als «weisser Fleck» auf der Landkarte erscheinen. Dies trotz Vorstössen, die vor allem auch seitens der FDP schon vor einiger Zeit eingereicht wurden.

Der Regierungsrat möchte gehobene Mittelstandsfamilien nach Schaffhausen locken, da diese Steuersubstrat generieren können. Jedoch sind genau diese Personen heute die Hauptkundschaft der Kinderkrippen. Denn die ärmeren Familien können sich solche Krippenplätze zurzeit gar nicht leisten. Fragen Sie den Gemeindepräsidenten von Thayngen, er kann es Ihnen bestätigen.

Auch in Schaffhausen ist es so. Ich habe kürzlich mit der Präsidentin des Kinderkrippenverbands Schaffhausen gesprochen; sie hat mir erzählt, dass die vorhandenen Angebote hauptsächlich von Familien oder Eltern besucht werden, die diese unterstützenden Massnahmen gar nicht nötig hätten. Die Bevölkerungsschicht, die das nötig hätte, erscheint nicht zu diesen unterstützenden Veranstaltungen.

Informationen stellen keinen relevanten Kostenfaktor dar. Auch die Koordination und die Beratung sind nicht wirklich kostenrelevant. Lediglich der Aufbau von Betreuungseinrichtungen fällt finanziell ins Gewicht und zieht erhöhte Kosten nach sich. Da gehe ich mit Ihnen einig.

Erst vor Kurzem haben wir in diesem Rat besprochen, welchen Handlungs- oder Interpretationsspielraum ein Regierungsrat im Bereich eines Postulats hat. Zudem existieren bereits parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema. Meiner Meinung nach liegt es im Ermessen des zuständigen Regierungsrates, den kostenrelevanten Teil des Anliegens entsprechend zu gewichten und im Rahmen der anderen Vorstösse zu behandeln.

Sollte dieses Postulat nicht überwiesen werden, erwarte ich, dass wir im Bereich der Information und der Koordination den «weissen Fleck» auf der Landkarte schnellstmöglich beseitigen. Denn ansonsten können wir

die bisherigen Vorstösse zu diesem Thema auch nochmals diskutieren, wurden diese schliesslich noch nicht erfüllt.

Wenn der Kanton die Kampagne zum kleinen Paradies ernsthaft und nachhaltig betreiben will, muss er seinen Worten nun endlich auch Taten folgen lassen, sonst bleibt der Slogan ein leeres Versprechen. Eigentlich müsste aufgrund der beschriebenen Situation im Kanton Schaffhausen sogar eine interkantonale Situationsanalyse – und das ist unsere Fraktionsmeinung – oder zumindest eine Standortabklärung mit den Nachbarkantonen vorgenommen werden. Was wird in den Nachbarkantonen angeboten? Und wie steht der familienfreundliche Kanton Schaffhausen im Vergleich zu diesen da? Wenn wir uns in diesem Bereich nicht explizit von den anderen abheben, können wir das familienfreundliche Schaffhausen aus der Kampagne «Kleines Paradies» streichen. Wurden solche Erhebungen im Vorfeld der Kampagne durchgeführt? Wir erwarten von der Regierung eine Antwort auf diese Frage.

Weder einseitig geförderte Betreuungseinrichtungen noch das alleinige Aufdrängen der Eigenverantwortung und das Vorleben der Vorzüge einer traditionellen Familie werden den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht. Auch ich lebe in einer traditionellen Familie. Viele von Ihnen, von links bis rechts, tun dies ebenfalls. Dennoch sind andere Familienformen auf dem Vormarsch und bestehen bereits. Früher wich man nur vom klassischen Familienbild ab, wenn jemand nicht in der Lage war, seine Kinder selber grosszuziehen. Nun hat aber ein Wandel stattgefunden, nicht nur in der Schweiz, sondern auch europa- und weltweit. Meines Erachtens müssten wir als Politiker auf die durch diesen Wandel aufgeworfenen Fragen Antworten finden. Es war und ist nicht so, dass die Politik ohne Bedarfsabklärung Kinderkrippen eingerichtet hat und diese erst im Nachhinein von den Eltern mit Kindern gefüllt wurden. Zudem widerspricht dies sämtlichen Entwicklungen, die auch ausserhalb dieses Landes stattgefunden haben.

Die Schlagzeile von heute lautet: Jeder Siebte befindet sich gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) am Rande der Armut. Besonders betroffen sind Familien und kinderreiche Familien. Das ist aussagerelevant.

Iren Eichenberger (ÖBS): Elisabeth Bühler hält Martina Munz vor, sie renne mit ihrem Postulat offene Türen ein. Ich habe eher das Gefühl, Martina Munz stosse gegen zugeschlagene, ja sogar verrammelte Türen. Wir haben diese Türen, Sie haben es selber erwähnt, mehr als einmal wieder zugeschlagen. Aber das war ein krasser Fehler.

Wer von Ihnen am Wochenende aufmerksam die «Schaffhauser Nachrichten» las, hat wahrscheinlich den Beitrag von Thomas Hurter bemerkt, in dem er sich über den Bund beklagt und diesem Vorwürfe macht, er gerate immer wieder ins Defizit. Er nennt dafür unter anderem die Sozial-

ausgaben, die laufend steigen würden. Aber das ist natürlich überhaupt nicht die Schuld des Bundes. Denn die Sozialausgaben müssen getätigt werden, der Bund hat gar keine Wahl.

Das Gleiche gilt aber auch für die Gemeinden. Die Gemeinden können ihre Belastungen keiner unteren Ebene zuschieben. Zudem leiden sie zunehmend unter dem Abbau der Sozialversicherungen, allen voran der Arbeitslosenversicherung und der IV. Alle Reformen, die wir in den letzten Jahren beschlossen haben, treffen finanziell immer die Gemeinden. Sie müssen vorsichtiger sein und dürfen nicht laufend neue Leistungen in ihr Budget aufnehmen, die ihnen über Jahre Ausgaben bescheren werden, die sie schliesslich nicht aus eigener Kraft finanzieren können.

Aus diesem Grund funktioniert das Bundesmodell mit den Anschubfinanzierungen nicht, was traurig ist. Auch auf die Gefahr hin, dass das Mundraub ist, nenne ich in diesem Zusammenhang gerne das Projekt «Gewähr» der Nagra. Auch bei den Kindertagesbetreuungseinrichtungen handelt sich um ein solches Projekt «Gewähr». Wenn Sie eine solche Einrichtung schaffen und damit den gewünschten Effekt erzielen wollen, muss man sich auf Sie verlassen können. Sie müssen Gewähr bieten, dass diese Einrichtung über Jahre funktionieren wird. Denn eine derartige Institution kann man nicht wie einen Regenschirm auf- und zuklappen, weil dadurch die Verlässlichkeit verloren ginge.

Übrigens wollen wir nicht nur gut verdienende Eltern beziehungsweise Doppelverdiener anlocken, die diese Krippenplätze finanzieren. Natürlich kann man mir entgegenhalten, man könne solche Einrichtungen auch privat führen und den Staat brauche es dazu nicht. Selbstverständlich kann eine Krippe oder ein Hort privat oder vielleicht sogar als Renditebetrieb geführt werden. Letzteres funktioniert aber nur, wenn sich die Einrichtung an die gut verdienenden Eltern als Kundensegment richtet. Aber die heutige Jugend, die Sie vielleicht in 30, 40 Jahren pflegen oder die andere Dienstleistungen und Arbeiten verrichten soll, besteht nicht nur aus Kindern von Doppelverdienern. Auch normale, weniger verdienende Eltern müssen ihre Kinder jetzt grossziehen und ihnen eine Zukunft bieten. Daher bin ich nach wie vor der Meinung, dass die Anschubfinanzierung des Bundes leider nur ein Praliné ist, das auf der Zunge zergeht, aber keinen Bestand hat.

Manuela Schwaninger, ich appelliere an Sie: Wenn Sie im Internet genau hinschauen, werden Sie merken, dass all die tollen Angebote ausgebucht sind. Heute fehlen in der Stadt Schaffhausen zirka zwölf Hortplätze. Das haben wir neulich von der Fachstelle ausserschulische Betreuung erfahren. Demnach herrscht Notstand. Daher bitte ich Sie, dieses Postulat zu unterstützen.

Alfred Tappolet (SVP): Die vielen Widersprüche in diesem Themenbereich erstaunen mich. Es wird uns erzählt, die demografische Entwicklung in Schaffhausen sei verheerend und wir würden einer schlechten Zukunft entgegensehen. Die jungen Leute würden Schaffhausen den Rücken kehren. Iren Eichenberger vertritt die Ansicht, dass wir Betreuungseinrichtungen für die alleinerziehenden Elternteile schaffen müssen. Wieder andere wollen diese aber für Doppelverdiener einrichten, damit so gute Steuerzahler nach Schaffhausen gelockt werden können.

Die Stadt Schaffhausen – unsere Fraktionssprecherin hat es bereits erwähnt – subventioniert die Betreuungsplätze sehr stark. Dafür kann ich Ihnen ein Beispiel nennen: Mit einer jährlichen Subvention von 175'000 Franken werden zehn Kinder betreut. Damit kostet die Betreuung eines einzigen Kindes 17'500 Franken pro Jahr. Das sind alles normale Kinder, die keine Sonderbetreuung brauchen. Wenn Sie eine solche Familienform fördern wollen, sind Sie auf dem Holzweg. Mir ist klar, dass hauptsächlich die Ausbildung der Betreuungspersonen sowie die Arbeitszeitmodelle dieser Branche für die hohen Kosten verantwortlich sind. Hier müssen wir eingreifen und den Kosten Einhalt gebieten. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo sozialer Notstand herrscht und die übrigen Angebote zum Selbstkostenpreis abgeben. Nur dadurch kann eine Kostenkontrolle im Bereich der Kinderbetreuung erreicht werden. Sonst läuft uns das aus dem Ruder.

Wenn sich Doppelverdiener und andere gut verdienende Eltern dadurch für private Betreuungslösungen entscheiden, haben wir genau das erreicht, was wir wollten. Denn wir wollen eine private und keine staatliche Kinderbetreuung. In diesem Punkt besteht wahrscheinlich die grösste Differenz zwischen der linken und der rechten Ratsseite. Aber meine Fraktion steht dazu, dass sie ihre Kinder privat zu einem vernünftigen Preis betreuen lassen will. 17'500 Franken pro Kind und Jahr sind zu viel. Wenn Sie auf den bereits genannten Betrag noch ein paar Tausend Franken drauflegen, können Sie Ihr Kind in eine Privatschule mit Vollkostenrechnung schicken, wo es den ganzen Tag in einer Kleinklasse betreut wird.

Mit dieser Differenz können und wollen wir nicht leben. Denn da läuft irgendetwas in der Kinderbetreuung falsch. Erst wenn wir Ordnung in die Kosten der Kinderbetreuung gebracht haben, können wir wieder über das kleine Paradies sprechen.

Gottfried Werner (SVP): Wir wissen, dass die Regierung ähnliche Aufträge erhalten hat und diese zurzeit bearbeitet. Gedulden wir uns doch, bis die Resultate vorliegen!

Ich erzähle Ihnen jetzt eine kleine Geschichte über Piraten. Piraten kapern ein Schiff und bringen es unter ihre Kontrolle oder in ihren Besitz. Im

Wilden Westen wurden Züge überfallen und ausgeraubt. Moderne Piraten hören sich zuerst um, ob sich für sie im Zug etwas Geeignetes befindet, um erst dann auf den fahrenden Zug aufzuspringen, so, wie es Politiker mit Interpellationen, Postulaten und Motionen auch grösstenteils tun. Am Schluss glauben sie erst noch, dass sie den Zug erfunden hätten und er nun ihnen gehöre.

Genau so kommt das Postulat von Martina Munz daher. Das ist in meinen Augen eben Piraterie. Daher bewundere ich Regierungsrat Christian Amsler für seinen Mut, dieser Piraterie einen Riegel vorzuschieben und das Postulat nicht entgegenzunehmen. In letzter Zeit wurden mehrmals überflüssige Vorstösse, teilweise ohne Widerstand der Regierung, überwiesen. Setzen wir heute ein Zeichen und überweisen wir dieses Postulat nicht.

Regula Widmer (ÖBS): Heinz Rether hat es bereits erwähnt: Das Bundesamt für Statistik hat heute eine Erhebung über die Einkommens- und Lebensbedingungen in der Schweiz publiziert. Darin wird aufgezeigt, dass die Einelternfamilien, kinderreiche Familien, Personen mit geringer Ausbildung und vor allem Kinder massiv von der Armut gefährdet sind. Das ist traurige Realität.

Noch trauriger ist die Realität, dass Schaffhausen in der Scheidungsstatistik schweizweit auf dem vierten Platz liegt. 52 Prozent der Ehen im Kanton Schaffhausen werden geschieden. Somit kann nur der kleinere Teil der Kinder in einer traditionellen Familie aufwachsen. Dieser Realität dürfen wir uns nicht verschliessen.

Wenn wir vom Paradies sprechen, dürfen wir nicht das Paradies für die in den sozioökonomisch besseren Grundlagen und Bedingungen aufwachsenden Kinder als Standard nehmen. Denn dieser Standard gilt leider nur für die Minderheit.

Zu Gottfried Werner: Die ÖBS gehört nicht zur Piratenpartei. Wir sind aber der Meinung, dass die Kinder gut betreut werden müssen. Wir sind froh, dass der Erziehungsdirektor uns mitgeteilt hat, die Bearbeitung der verschiedenen zum Thema noch hängigen Vorstösse sei im Gange. Dennoch hat sich in den letzten Jahren nichts getan. Wenn wir also mit der Überweisung dieses Postulats noch etwas Druck aufsetzen können, damit in diesem Bereich endlich etwas geschieht – und nicht nach dem Giesskannenprinzip –, sind wir sehr froh darüber. Denn es geht um die Kinder, die nicht das Glück haben, in einer Familie aufwachsen zu dürfen, in der die Betreuung von den Eltern, den Grosseltern und dem näheren Umfeld abgedeckt werden kann.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Jeanette Storrer (FDP): Ich empfinde dieses Postulat als wenig hilfreich. Denn wie Sie heute schon gehört haben, befinden wir uns bereits im Vorwahlkampf. Dies habe ich den markigen Worten von Manuela Schwaninger deutlich entnehmen können, denen ich vieles entgegenzusetzen hätte, was sich jetzt aber nicht wirklich lohnt. Die Angelegenheit beziehungsweise das Thema ist mir viel zu ernst, als dass eine Entgegnung der Sache dienen würde.

Ich sehe nicht, inwieweit das vorliegende Postulat mehr bringen würde als die bereits überwiesenen Vorstösse. Es ist eine Erinnerung an das, was wir der Regierung bereits in Auftrag gegeben haben. Ich war das letzte Mal, als Regierungsrat Christian Amsler sein Votum gehalten hat, leider nicht anwesend, habe sein Votum jedoch nachgelesen und muss sagen: Ich habe keine Bedenken, dass er nicht alles daran setzt, die ihm übertragenen Aufträge auch umzusetzen.

Wir müssen darauf achten, dass die Diskussion der Kinderbetreuung nicht zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung ausartet. Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit und der Chancengleichheit der Kinder, der Eltern, des Kantons und auch der Schule und der Zukunft von Schaffhausen ist mir das zu wichtig, als dass ich es aufs Spiel setzen möchte. Ich werde mich bei diesem Postulat der Stimme enthalten, da ich es für gänzlich überflüssig halte.

Franziska Brenn (SP): Ich melde mich hier nicht nur als Partei-, sondern auch als Sozialpolitikerin zu Wort. Ich kann die von Alfred Tappolet genannten Zahlen nicht unwidersprochen stehen lassen.

Neuhausen verfügt über eine grosse und sehr gut geführte Krippe mit 60 Plätzen. Neuhausen bezahlt pro Kind und Jahr 6'410 Franken. Das ist zwar nicht sehr wenig, aber es ist auch weit von der von Alfred Tappolet genannten Zahl von 17'500 Franken entfernt.

Zudem darf diese Subvention nicht als «Milchbüechli»-Rechnung betrachtet werden, denn eine Krippe bietet Ausbildungsplätze. Auch generiert eine Krippe Steuern. In der Einrichtung in Neuhausen arbeiten etwa 20 Personen, die ihren Lohn versteuern müssen. Zusätzliche Steuererträge erwachsen, weil Eltern, die ihre Kinder in der Krippe abgeben, in der Regel über ein höheres Einkommen verfügen. Eine Krippe dient auch der Integration, vor allem für Kinder, die unsere Sprache noch nicht gut können. Sie haben das Glück, dass sie dort gefördert werden und dafür vielleicht in der Schule weniger Probleme haben. Für sozial benachteiligte Kinder existiert professionelle Hilfe.

Und das wichtigste Argument: Sehr viele Kinder, die kein Zuhause haben, wo ein warmes Mittagessen auf sie wartet, sitzen dann nicht zu Hause vor dem Fernseher, sondern haben eine adäquate, gute und fördernde Betreuung.

Regierungsrat Christian Amsler: Sie haben dieses wichtige Thema sehr sorgfältig und engagiert diskutiert. Das freut die Regierung ausserordentlich.

Zuerst zum Votum von Manuela Schwaninger: Ich freue mich, dass Sie für die klassische Familie eine Lanze gebrochen haben und Sie wissen, dass ich der Erste bin, der Sie darin unterstützen würde. Aber trotzdem müssen wir erkennen und konstatieren, dass sich das Familienbild und die Zeit geändert haben. Heinz Rether hat dies eindrücklich geschildert. Dass Sie sich mit Ihrer Partei für die klassische Familie einsetzen und gegen deren Schlechterstellung ankämpfen, ehrt Sie. Das finde ich auch gut.

Ganz im Sinne meines Regierungskollegen Reto Dubach, der heute Morgen darauf hingewiesen hat, der öffentliche Verkehr und der Individualverkehr dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, dürfen wir auch hier die verschiedenen Formen der Erziehung nicht gegeneinander ausspielen. Dazu ist das Thema zu ernst. In der Tat müssen wir uns aber – und davon ist die Regierung felsenfest überzeugt – um die neuen Erziehungsformen kümmern. Hier besteht ein klarer Bedarf. Der «weisse Fleck» auf der Landkarte trifft nur dann auf Schaffhausen zu, wenn, wie es Manuela Schwaninger ausgeführt hat, einzig die gesetzlichen Grundlagen beurteilt werden.

Ich habe bereits letztes Mal erwähnt, dass wir eine Bedarfsabklärung in den Gemeinden durchgeführt haben. Ich gebe Iren Eichenberger recht, dass es in Schaffhausen noch mehr Plätze bräuchte. Dennoch wäre es falsch zu sagen, wir hätten im kleinen Paradies gar nichts. Wir sind aber in diesem Bereich sicher nicht führend. Bitte halten Sie sich vor Augen, dass wir daran sind, eine Verbesserung des Angebots zu schaffen. Meiner Meinung nach wird der SVP nicht Rückständigkeit vorgeworfen, jedenfalls nicht von meiner Seite.

Ich nehme aber auch ernst, dass Sie, Thomas Wetter, Regula Widmer und Franziska Brenn, mit dem Postulat von Martina Munz der Regierung etwas Druck machen wollen. Lesen Sie aber bitte nochmals mein Votum aus der letzten Kantonsratssitzung. Dann werden Sie erkennen, dass es der Regierung mit diesem Thema sehr ernst ist.

Der Regierungsrat behält sich vor, dem Rat eine separate Vorlage zur Familienpolitik zu unterbreiten. Ich verstehe Ihre Vorbehalte gegenüber einer Kombination mit dem Schulgesetz, Franziska Brenn. Der Bericht liegt vor und wurde von der Regierung verabschiedet. Wir werden ihn nun weiterbearbeiten.

Ich möchte Heinz Rether eine kurze und trockene Antwort geben. Sie haben sich erkundigt, ob vor der Lancierung der Kampagne «Kleines Paradies» abgeklärt wurde, ob Betreuungsangebote bestünden. Meines Wissens wurde das nicht getan. Aber es ist ein Prozess. Zusammen mit mei-

nen Regierungskolleginnen und -kollegen bin ich in diesem Bereich engagiert und wir überprüfen die Fortschritte immer wieder. Wenn wir uns die Familie zuoberst auf die Fahne schreiben, liegt es in unserer Verantwortung, immer wieder die Frage zu stellen: Können wir dem Label «familienfreundliches kleines Paradies» überhaupt gerecht werden? Ich bin froh, wenn wir daran arbeiten und eine permanente Verbesserung erreichen.

Ich glaube nicht, dass wir verrammelte Türen haben, Iren Eichenberger. Ganz im Sinne von Jeanette Storrer möchte ich Sie noch einmal eindringlich bitten, dieses Thema nicht zu einem parteipolitischen Spiel verkommen zu lassen. Die Türen sind im Begriff, sich zu öffnen. Der Regierungsrat wird Ihnen nächstes Jahr eine Vorlage unterbreiten.

Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Martina Munz (SP): Die Regierung versucht einmal mehr den Spagat. Sie unterstreicht die Wichtigkeit für einen modernen Wohn- und Wirtschaftskanton und lehnt gleichzeitig das Postulat ab. Warum nimmt die Regierung das Postulat nicht entgegen, wenn es doch genau auf ihrer Linie liegt? Den gleichen Spagat machte sie auch schon bei der Motion von Florian Keller zur Wiederherstellung der Verfassungsmässigkeit im Schaffhauser Steuergesetz. Warum soll der Vorstoss nicht entgegengenommen werden, trifft er sich doch genau mit den Absichten der Regierung? Warum fühlt sich die Regierung angegriffen, wenn das Parlament die Absichten der Regierung unterstützt? Parlament und Regierung sollten doch am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen. Oder sehe ich da irgendetwas falsch?

Regierungsrat Christian Amsler weist in seiner Begründung auf die zwei noch hängigen Postulate hin. Beide hätten mit dem neuen Schulgesetz umgesetzt werden sollen. Seit dem Scheitern des Schulgesetzes vor zwei Jahren läuft gar nichts mehr. Und bis ein Schulgesetz mit griffigen Massnahmen zur Kinderbetreuung im Kanton in Kraft tritt, werden weitere Jahre vergehen. Wir verlieren aber von Jahr zu Jahr an Attraktivität für junge Familien.

Mein Postulat, Jeanette Storrer, ist grundsätzlicher Natur. Ich verlange ein Konzept, das Schritt für Schritt umgesetzt werden kann. Das Konzept soll der Regierungsrat erarbeiten und darin soll verankert werden, wer was übernimmt, was private Aufgaben, was Kantons- und was Gemeindeaufgaben sind und wer was finanziert. Das alles soll der Regierungsrat in diesem Konzept festlegen und dann schrittweise umsetzen.

Ich verlange keine flächendeckende vollfinanzierte Kinderbetreuung, Elisabeth Bühner. So ein Unsinn! Aber wir brauchen nun endlich einen Gesamtüberblick über die bestehenden Angebote, eine Informationsplattform. Sollen Betreuungsangebote aufgebaut werden, braucht es In-

formation, Koordination und Beratung. Wir können diese Aufgaben nicht alle der Schule und dem Schulgesetz anhängen. Das wird wieder schiefgehen.

Regierungsrat Christian Amsler hat am letzten Montag ausgeführt, in den Gemeinden seien Umfragen gemacht worden, der Bedarf sei aber nur beschränkt vorhanden. Das hätte ich Ihnen auch ohne Umfrage sagen können. Junge Familien, die auf eine gut funktionierende Kinderbetreuung angewiesen sind, ziehen nicht in den Kanton Schaffhausen. Genau das ist das Problem. Wir müssen investieren, bevor wir ernten können. Beim ÖV haben wir das Gleiche erlebt. Die S-Bahn ins Zürcher Oberland wurde zuerst gebaut und erst danach erlebte die Region einen Bauboom. Wir müssen bei der Kinderbetreuung in die Zukunft investieren und erst dann werden die jungen Familien in den Kanton Schaffhausen ziehen.

Regierungsrat Christian Amsler hat vor einer Woche auch bemerkt, die Kinderbetreuung sei im Schwerpunkteprogramm 2010 enthalten und im Legislaturprogramm verankert. Im Legislaturprogramm steht dazu ein einziger Satz, nämlich dass unterrichtsbegleitende Tagesstrukturen an Bedeutung gewinnen würden. Das ist alles. Sonst absolut nichts! In den Schwerpunkten der Regierungstätigkeit 2009 stand immerhin, dass vom Regierungsrat ein Grundlagenpapier zur Familienpolitik verabschiedet werden solle. Ich frage den Regierungsrat an: Gibt es ein solches Papier? Was steht über die Kinderbetreuung drin? Und wie wird dieses Papier umgesetzt? Ich weiss nichts von diesem Papier. Im Schwerpunkteprogramm 2010 sucht man vergeblich nach konkreten Massnahmen zur Förderung der ausserfamiliären Kinderbetreuung.

Auch das SECO sieht das so. Ich habe Sie auf die Seite des SECO «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» aufmerksam gemacht. Es freut mich, Manuela Schwaninger, dass Sie sich die Zeit genommen haben und diese Seite besucht haben. Eine Webseite muss aber auch bedient werden können. Über die Rubrik «Städte» finden Sie alles. Sie können anklicken, ob Sie die Kantonebene oder die Gemeindeebene wollen und dann finden Sie alles. Auf dieser Seite sind alle Angebote der Kantone systematisch erfasst und aufgeführt. Das SECO konnte beim Kanton Schaffhausen nirgends eine Aktivität ausmachen. Kaum ein zweiter Kanton steht so abgeschlagen als Nullnummer da wie der Kanton Schaffhausen. Wie soll der Kanton mit keiner einzigen Massnahme und nur mit Lippenbekenntnissen für junge Familien attraktiver werden?

Auf der SECO-Seite werden die Kantone anhand präziser Fragen eingestuft. Präzis zum Legislaturprogramm und präzis zu den Regierungszielen. Und ich habe es Ihnen gesagt, auch ich habe nichts gefunden. Wie soll dann das SECO etwas finden? Beim Kanton Schaffhausen steht immer: Nein. Er ist einer der ganz wenigen Kantone, die nichts tun, nicht einmal im Bereich der Information, der Koordination oder der Beratung.

Das sind alles Dienstleistungen, die vom Kanton organisiert werden müssten und die nichts mit dem Schulgesetz zu tun haben.

Wir vergleichen uns sehr gern mit dem Kanton Zürich, der uns mittlerweile meilenweit voraus ist. In den Kantonen Thurgau und Aargau läuft etwas. Nur bei uns läuft nichts.

Das Argument, die Gemeinden müssten aktiv werden, hilft leider auch nicht weiter. Der Kanton weiss genau, dass die meisten Gemeinden finanziell nicht in der Lage sind, solche Angebote neu aufzubauen und somit ohne kantonale Massnahmen in nächster Zeit gar nichts passieren wird.

Fazit: Wenn wir uns nicht zu einem attraktiven Wohn- und Wirtschaftskanton entwickeln wollen, dann belassen wir alles, wie es ist. Wir schieben den Gemeinden weiterhin den Schwarzen Peter zu, warten auf das neue Schulgesetz und machen Umfragen bei den Gemeinden, die bestätigen, dass wir das alles gar nicht brauchen. In diesem Sinne habe ich grosses Verständnis für die SVP-JSVP-EDU-Fraktionserklärung. Wenn ein nostalgisches Familienbild gemäss einem Anker-Bildchen Leitbild unserer Familienpolitik ist, dann müssen wir nichts tun.

Ich aber will, dass sich der Kanton Schaffhausen zu einem modernen Wohn- und Wirtschaftskanton entwickelt. Wir brauchen deshalb ein Kinderbetreuungskonzept, das wir Schritt für Schritt umsetzen können. Die Investition in die Zukunft wird sich lohnen. Jeder eingesetzte Franken in die Kinderbetreuung wird dreifach in die staatlichen Kassen zurückfliessen. Ich bitte Sie dringend, das Postulat zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Abstimmung

Mit 25 : 22 wird das Postulat Nr. 2010/6 von Martina Munz betreffend familienfreundliches Schaffhausen nicht an die Regierung überwiesen. – Das Geschäft ist erledigt.

Heinz Rether (ÖBS): Die ÖBS-EVP-Fraktion möchte anmerken, dass zuerst eine Auslegeordnung bezüglich der umliegenden Kantone gemacht werden sollte. Welche Angebote bestehen dort und auf welche Bereiche müsste sich der Kanton Schaffhausen fokussieren? Denn erst, wenn klar ist, wohin die Reise gehen soll, können auch gezielte Massnahmen ergriffen werden.

Dies soll ein Gesamtauftrag sein, Regierungsrat Christian Amsler hat es bereits erwähnt. Das ist mir aber zu wenig differenziert. Denn dieser Bereich ist zu umfassend, als dass überall ein bisschen etwas gemacht werden könnte. Es scheint mir auch ökonomisch sinnvoll zu sein, den

Fokus auf ein paar ausgewählte Bereiche zu legen. Das bedingt aber die eingangs erwähnte Auslegeordnung.

*

Kantonsratspräsident Patrick Strasser (SP): Bevor ich mein Schlusswort halte, komme ich zur

Würdigung von Regierungsrat Erhard Meister.

In diesem Jahr habe ich an verschiedensten Anlässen erlebt, dass Erhard Meister darauf angesprochen wurde, ob er nun auf Abschiedstournee sei. Er hat dann jeweils – fast schon ein wenig verärgert – geantwortet, er sei noch bis Ende Jahr im Amt und habe bis dahin noch viele Arbeiten zu erledigen. Diese Begebenheit illustriert für mich, dass es für Erhard Meister selbstverständlich war – und eben bis Ende Jahr auch noch ist –, sein Amt ernsthaft und mit grossem Einsatz auszuüben.

Darum danke ich ihm zuallererst im Namen des Kantonsrates ganz herzlich für seinen immensen Einsatz, den er seit 2001 für den Kanton Schaffhausen geleistet hat.

Erhard Meisters visionärer Kampfgeist war fordernd und für einige sogar überfordernd. Oft gingen die Wogen sowohl hier im Saal als auch in den Medien und im Volk hoch. Die Schaffhauser Beschaulichkeit wurde auf die Probe gestellt. Und deshalb war Erhard Meister hie und da ein bisschen ungeduldig mit uns. Aber er liess nicht locker, getreu dem Motto: «Steter Tropfen höhlt den Stein.» Mit der Wirtschaftsförderung beispielsweise, die er vorantrieb, schreiben wir heute eine Erfolgsgeschichte. Jetzt wissen wir, dass der Kanton Schaffhausen Mitglied der GSA ist, der Greater Shanghai Area.

Aber auch im Kleinen war er rege tätig. Er ging in die Gemeinden, an Vereinsanlässe, zu den Leuten, sei dies als rasender Tandemfahrer am slowUp oder als Fassanzapfer am Oktoberfest. Er vertrat seine Ideen und Pläne mit Eloquenz, stets die Zukunft unseres Kantons und das Wohl der Gemeinden vor Augen. Als ehemaliger Gemeindepräsident von Merishausen wusste er ja genau, wovon er sprach. Genau darum war es auch sein Ziel, mit dem Projekt «sh.auf» die Gemeinden zu stärken; einem Projekt, das definitiv schlechter gemacht – oder wohl eher geschrieben – wurde, als es war. Wenn wir die Entwicklungen der letzten Jahre betrachten, dann können wir sagen, dass Erhard Meister mit diesem Projekt auf dem richtigen Weg war; er war damit aber ganz einfach seiner Zeit voraus.

Zehn intensive Jahre sind vergangen. Erfolge und Enttäuschungen, schwierige Dossiers und fröhliche Anlässe sind Erinnerung. Im Namen

des Kantonsrates wünsche ich Erhard Meister, dass er von nun an viel Zeit für sich und für seine Familie hat und dass er diese Zeit gesund und aufgestellt geniessen kann.

Der Rat spendet anhaltenden Applaus.

Schlusswort von Kantonsratspräsident Patrick Strasser

Meine Damen und Herren

Wir sind nun am Ende der 16. Sitzung angelangt. In diesen 16 Sitzungen haben wir 68 Traktanden behandelt. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, dass der Kantonsrat 2009 3 Sitzungen mehr als 2010 abgehalten und 49 Traktanden mehr behandelt hat als in diesem Jahr. Das scheint ein grosser Unterschied zu sein. Allerdings sind dabei sämtliche Wahlgeschäfte, die an der konstituierenden Sitzung zu Beginn des Jahres 2009 durchgeführt wurden, mitgezählt. Ohne diese liegt der Unterschied nur noch bei 7 Traktanden. Von allen behandelten Traktanden waren 2010 22 Vorlagen des Regierungsrates – im Vergleich dazu waren es 2009 ebenso 22 Vorlagen des Regierungsrates. An persönlichen Vorstössen behandelte der Kantonsrat 2010 18 – hier ist die entsprechende Anzahl für das Vorjahr 24. Dabei wurde aber ein Grossteil der 2009 behandelten persönlichen Vorstösse noch 2008 – also im Wahljahr – eingereicht. Es kann also gesagt werden, dass 2010 betreffend die Anzahl der behandelten Geschäfte ein ganz normales Jahr war – dies im Gegensatz zu medial verbreiteten Behauptungen, der Kantonsrat arbeite nicht mehr genügend.

Trotz der normalen Geschäftszahl wurden weniger Sitzungen benötigt. Der Kantonsrat ist demnach effizienter geworden. Das ist mir letzte Woche aufgefallen, als sich beim unbestrittenen Dekret betreffend die Richterbesoldung keine Fraktion zum Eintreten äusserte. Noch vor wenigen Jahren war es üblich, dass sich jede Fraktion mit einer langen, oft das schon Gesagte wiederholenden Erklärung zu Wort meldete. Für die in diesem Jahr gezeigte Disziplin will ich mich deshalb bei Ihnen bedanken. Erlauben Sie mir, dass ich die gesteigerte Effizienz des Kantonsrates ganz unbescheiden auch ein wenig auf die Sitzungsleitung zurückführe. Was kann nun aus den diesjährigen Kantonsratsberatungen als Lehre für die Zukunft mitgenommen werden? Ich habe Folgendes gemerkt: Es besteht die Gefahr, dass viele Gemeinden – vor allem finanziell – überfordert werden. Ausdruck der Angst davor waren zum Beispiel die Rückweisung der Bildungskostenvorlage an die Regierung beziehungsweise die – im Gegensatz zur Regierung beschlossenen – höheren Patientenbeiträge im Altersbetreuungs- und Pflegegesetz.

Des Weiteren ist die Komplexität einzelner Geschäfte so gross, dass ein Milizparlament äusserst gefordert, wenn nicht gar überfordert wird. Ich frage mich zum Beispiel, wie viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte die Auswirkungen, die das revidierte Altersbetreuungs- und Pflegegesetz auslöst, wirklich überblicken. Ehrlich gesagt: Ich tue es nicht. Oft sind es aber Vorgaben seitens der Bundesebene, die zu dieser Komplexität beitragen.

Als dritten Punkt, der mir in der Rückschau aufs vergangene Jahr aufgefallen ist, möchte ich das Problem der – wie ich es nenne – «Spezialisatensprache» aufgreifen. Je mehr eine fachspezifische Sprache bei bestimmten Vorlagen benützt wird, desto schwieriger wird es, einen bestimmten politischen Inhalt zu vermitteln. Als Beispiel für diese Aussage dienen mir die verschiedenen Diskussionen zu Bildungsthemen. Verschiedene Begriffe wie Schulleitung, IFS, Teamteaching und so weiter, die für Bildungsexperten völlig klar sind, werden von Aussenstehenden falsch oder gar nicht verstanden. Nichtverständnis führt aber zu Unsicherheit und Unsicherheit führt zu Ablehnung.

Als drei Vorsätze für das neue Jahr, welche die Kantonsratsmitglieder ganz parteiunabhängig fassen könnten, wären also möglich: 1. Rücksichtnahme auf die Lage der Gemeinden. 2. Lieber einfacher statt kompliziert. 3. Eine Sprache pflegen, die auch allgemein verstanden wird, oder, wenn dies nicht möglich ist, mehr erklären.

Ein Präsidentenamt auszuüben, ist unmöglich, wenn nicht verschiedenste Personen unterstützend wirken. Es ist mir deshalb ein sehr grosses Anliegen, all diesen Personen zu danken.

Es wird sicher niemanden überraschen, dass mein erster Dank an Erna Frattini geht. Es fehlt mir hier die Zeit, ihren vielfältigen Einsatz für das Präsidium umfassend zu beschreiben. Nur so viel: Seien es die oscarreifen Drehbücher für jede Ratssitzung, sei es die tadellose und jeweils wie am Schnürchen klappende Organisation von Anlässen und so weiter – immer kann sich der Präsident hundertprozentig auf Erna verlassen. Dafür gebührt dir, Erna, ein ganz grosser Dank.

Ein weiterer Dank geht an meine Kollegen vom Büro. Die Zusammenarbeit habe ich – trotz der unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten – als sehr kollegial und konstruktiv empfunden, also genau so, wie es sein sollte.

Danken möchte ich unserer neuen stellvertretenden Ratssekretärin Janine Rutz, die sich in diesem Jahr gut eingearbeitet hat, den fleissigen Weibelinnen, deren unverzichtbare Arbeit jeweils im Hintergrund abläuft, sowie unserem Rechtsberater Stefan Bilger, der in diesem Jahr zwar nicht oft zum Einsatz kam, dessen Unterstützung natürlich trotzdem sehr hilfreich ist.

Den Medienvertreterinnen und -vertretern danke ich für die wohlwollende Berichterstattung. Als Kantonsratspräsident kam ich sogar in denjenigen Medienprodukten vor, die sonst die politisch linke Seite gern vergessen. Dem Regierungsrat danke ich für die gute Zusammenarbeit und dafür, dass er meistens daran gedacht hat, wer am Montagmorgen jeweils das Sagen hat.

Ein grosser Dank geht an meine Frau Barbara, welche die Rolle als «First Lady» wunderbar ausgefüllt hat.

Last but not least geht der letzte Dank an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kantonsrat. Nicht nur dafür, dass ihr mich vor rund einem Jahr in das Präsidentenamt gewählt habt, sondern auch dafür, dass ihr mir die Arbeit auf dem Bock so leicht gemacht habt. Die Disziplin des Rates ist wirklich vorbildlich, die Gesprächskultur – besonders auch im Vergleich zu anderen Parlamenten – vom Feinsten. Ich bin überzeugt, dass es diese gute Diskussionskultur ermöglicht, zu wirklich konstruktiven Lösungen zu gelangen. Ich freue mich nun darauf, wieder im Saal Platz zu nehmen und selber in die Diskussion einzugreifen, um an ebendiesen Lösungen zu arbeiten.

Somit bleibt mir nur noch eines zu sagen: Die Sitzung ist beendet.

*

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr